

Die postkommunistischen Beitrittsländer in der EU

Von Michael Dauderstädt

Wenn im Mai dieses Jahres acht Länder, die vor 15 Jahren noch Planwirtschaften des kommunistischen „Ostblocks“ waren, der Europäischen Union (EU) beitreten, haben sie einen langen und schmerzhaften Anpassungs- und Reformprozess hinter sich. Bevölkerung und Eliten der Beitrittsländer haben diese Belastungen auf sich genommen, um wichtige nationalpolitische Ziele, nämlich die innere Freiheit, die äußere Unabhängigkeit und die „Rückkehr nach Europa“ zu erreichen. Aber sie haben sich auch ein westliches Wohlstandsniveau erhofft, das der „reale Sozialismus“ nicht bieten konnte. Der schleichende Kollaps der Planwirtschaft war eine wichtige Ursache des politischen Wandels in Mittel- und Osteuropa. Die jungen Demokratien sahen sich also gleichzeitig mehreren Aufgaben gegenüber: sechs der acht Länder (nur Polen und Ungarn existierten schon 1989 in ihren heutigen Grenzen) mussten einen neuen Nationalstaat aufbauen, alle im Innern die Demokratisierung der alten Parteidiktatur und den Systemwechsel zur Marktwirtschaft vollziehen und sich nach außen in den Weltmarkt und vor allem in die sich neu gestaltende europäische Wirtschaft integrieren.

Diese politischen und ökonomischen Transformationen sind aufs engste miteinander verflochten und stehen zur Mitgliedschaft in der EU in einem keineswegs gelösten Spannungsverhältnis. Zwar haben die meisten wichtigen politischen Parteien und Eliten in den Beitrittsländern die Mitgliedschaft gewünscht, unterstützt und die zur Erreichung dieses Zieles notwendigen Opfer mitgetragen. Aber Hunderte von Ausnahme- und Übergangsregelungen in den Beitrittsabkommen belegen, dass dies nicht ohne Konflikte abging. Bei den Volksabstimmungen erzielten die Beitrittsbefürworter überall eine ausreichende, oft massive Mehrheit, wobei die Wahlbeteiligung aber häufig sehr nied-

rig ausfiel. Die Zustimmungquote bezogen auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten lag aber nur in Litauen und Slowenien über 50% (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Ausgang der Volksabstimmungen zum EU-Beitritt in den Kandidatenländern. Es ist also keineswegs selbstverständlich, dass der EU-Beitritt mit den zentralen nationalen Interessen von Souveränität und Wohlstand objektiv und subjektiv in den Augen der Bürger der Neumitglieder zu vereinbaren ist. Wir betrachten zunächst kritisch das Verhältnis von Wohlstandserwartungen und Aussichten, dann die politischen Konfliktlinien in der erweiterten EU.

Die riskante Integration in die EU: der Traum vom aufgehenden Wachstum

Die Europäische Union (EU) unterstützte den Prozess der Transformation – anfangs noch ohne Erweiterungsabsicht – von 1989 an. Hauptsäule des Hilfsprogramms war das PHARE-Programm (PHARE = Poland Hungary Assistance for the Reconstruction of the Economy), das alsbald auf alle Länder Mittel- und Osteuropas ausgedehnt wurde. Die jährlichen Hilfen stiegen von 475 Millionen Euro 1990 auf 1,6 Milliarden Euro 2000 an und dienten anfänglich eher der Beratung, später finanzierten sie auch Investitionen und konzentrierten sich immer stärker auf die Beitrittsvorbereitung.

Ab 1999/2000 begann die EU mit zwei weiteren Programmen, einem zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes (SAPARD) und einem dem Kohäsionsfonds ähnlichen strukturpolitischen Programm (Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt – ISPA). In den Jahren 2000-2002 stellte die EU pro Jahr im Rahmen PHARE-Programms etwa 1,1 Milliarden Euro, für SAPARD 540 Millionen Euro und für ISPA 1080 Millionen Euro an Finanzhilfen zur Verfügung. (Europäische Kommission, Sapard brochure) Hinzu

kommen Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Zwischen 1993 und 1996 schlossen alle Beitrittskandidaten Assoziierungsabkommen mit der EU, die neben Finanzhilfen auch die Liberalisierung des Handels vorsahen. Allerdings behielt sich die EU den Schutz ihrer Landwirtschaft und einiger sensibler Branchen (z.B. Stahl, Textil und Bekleidung) sowie die Möglichkeit von Schutzmaßnahmen unter besonderen Umständen (z.B. anti-dumping) vor. Der Wegfall dieser Ausnahmen stellt den wichtigsten handelspolitischen Vorteil des Beitritts gegenüber der Assoziation dar. Weiter müssen die Kandidaten beim Beitritt den gemeinsamen EU-Außenzoll übernehmen, was gelegentlich geringeren Schutz aber manchmal auch eine stärkere Abschottung bzw. höhere Preise für Importe aus Drittländern bedeutet.

Kurz nach den Assoziierungsabkommen, die wegen der in der Präambel vorgesehenen Beitrittsperspektive auch „Europaabkommen“ hießen, stellten die Partnerländer ihre Aufnahmeanträge in die EU, die von ca. 80% der Bevölkerung unterstützt wurden. Allerdings beruht vor allem die EU-Begeisterung der frühen Jahre kaum auf ausreichenden Kenntnissen über die EU, ihre Institutionen und Politiken. (Rose/Haepfner) So sprachen sich bei den gleichen Meinungsumfragen (1991 und 1992), bei denen ca. 80% der Befragten in den fünf Ländern einen EU-Beitritt befürworteten, nur ca. 60% (1992 sogar noch weniger, um 55%) für die Marktwirtschaft aus. Mindestens ein Viertel der EU-Befürworter waren sich offensichtlich nicht bewusst, dass die EU zunächst ein großer (Binnen-)Markt ist, und hielten ihre Ablehnung der Marktwirtschaft für verträglich mit einer EU-Mitgliedschaft. (European Commission, Eurobarometer) Interessenkonflikte traten nur punktuell auf. Im Bereich der vier Freiheiten befürchteten viele Menschen in den Beitrittsländern, dass die Öffnung der Vermögensmärkte, vor allem für Grund und Boden, Immobilien und Unternehmen, dazu führt, dass wertvoller nationaler Besitz in die Hände ausländischer Investoren fällt. Dabei geht es zum einen um den Preis. Wegen der relativen Armut liegen die Vermögenswerte niedrig und sind im Vergleich zu entsprechenden Anlagen innerhalb der EU sehr billig (z.B. Boden diesseits und jenseits der deutsch-polnischen Grenze). Steigt im Zuge der wei-

Es ist keineswegs selbstverständlich, dass der EU-Beitritt mit den zentralen nationalen Interessen von Souveränität und Wohlstand zu vereinbaren ist.

Dr.rer.pol. Michael Dauderstädt, geb. 1947; seit 2000 Leiter des Referats Internationale Politik-analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung E-Mail: daudersm@fes.de

teren Entwicklung – etwa nach dem Beitritt – der Preis stark an, so hätten die Ausländer den Gewinn. Ebenso wichtig sind aber auch Bedenken bezüglich der nationalen Identität der Investoren. Polen, Tschechen und Slowenen befürchten, dass Deutsche und Italiener auf dem Markt die Ergebnisse des verlorenen Krieges revidieren könnten. Dem wurde in den Beitrittsabkommen mit Übergangsfristen Rechnung getragen. Umgekehrt dürfen Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern nicht unmittelbar nach dem Beitritt in allen Mitgliedstaaten tätig werden. Die neue Abschottung gegenüber Drittländern, die das Schengen-Regime von den Kandidaten spätestens nach dem Beitritt erwartet, stört vor allem manche Polen und Ungarn. Der grenznahe Handel zwischen dem polnischen Osten und Belarus ist für diesen ärmsten Teil Polens von Bedeutung. Seine Einschränkung durch den Visumzwang für Weißrussen hat die polnische Grenzbevölkerung verärgert. Die Ungarn möchten gern ihre Grenzen für ungarischstämmige Einwohner Rumäniens und Jugoslawiens offen halten.

Aber der Preis wird akzeptiert, da der EU-Beitritt gewichtige wirtschaftliche Vorteile verspricht. Neben dem erwähnten uneinträchtigen Marktzugang und der Mitsprache bei der weiteren Ausgestaltung der Integration sind es vor allem die erwarteten Transferzahlungen aus den EU-Fonds, die zwischen 2004 und 2006 40,8 Milliarden Euro betragen werden (Kok, 47), wobei eine diskriminierende Obergrenze von 4% des BIP des Empfängerlandes vorgesehen ist, die bei früheren Erweiterungen nicht galt. Dagegen sind einige Nachteile abzusehen:

Wachstum: Ob eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums tatsächlich eintritt, muss die Zukunft zeigen. In der Wirtschaftspolitik gibt es einen klassischen Streit über die optimalen Bedingungen von Wachstum. Unterschiedliche Denkschulen bewerten den EU-Beitritt unterschiedlich. Aus marktliberaler Sicht darf das EU-Modell als zu interventionistisch gelten. Es verhindert durch regulatorische Eingriffe das freie Spiel der Marktkräfte und führt so zu Verzerrungen in der Preisstruktur und zu einer

nicht optimalen Allokation der Ressourcen. Schon innerhalb der Alt-EU ist diese Politik auf nationaler und EU-Ebene angeblich für schwaches Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit und defizitäre Staatshaushalte verantwortlich. Ihre Übertragung auf die Neumitglieder, vor allem die umwelt- und sozialpolitischen Regelungen, würde deren Wachstumschancen und Attraktivität für Investoren reduzieren. (Jamieson/Szamuely; Don- ges, 82; Achten; Belke/Hebler)

Eine marktkritische Perspektive sieht dagegen aufholende Entwicklung in der Tradition von List („Schutzzölle“) und in entsprechender Interpretation des südostasiatischen Modells als Ergebnis staatlicher Intervention in den Wirtschaftsprozess (Amsden). Diese Schule befürchtet von einer Marktöffnung und der schutzlosen Integration armer, schwacher Wirtschaften in reiche, starke Wirtschaften

eine Fixierung der ökonomischen Hierarchie, die die weniger entwickelten Ökonomien langfristig auf die Rolle von Produzenten und Exporteuren rohstoff- und arbeitsintensiver Erzeugnisse mit niedriger Wertschöpfung festlegt. Sie fordert daher größere nationale wirtschaftspolitische Kompetenzen und Spielräume als sie eine EU-Vollmitgliedschaft gewährt. Insbesondere müssten Unternehmen und Branchen übergangsweise Zollschutz genießen, um Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Gleichzeitig müssten Exportförderungsmaßnahmen die Position nationaler Unternehmen auf dem Weltmarkt stärken. (Eatwell u.a., 44f.; Achten, 20-39)

Außenwirtschaft: Die Neumitglieder haben wahrscheinlich mit einem starken Anstieg der Importe und der Handelsdefizite zu rechnen, der zwar durch die höheren EU-Transfers (Agrar-, Struktur- und Regionalfonds) und vielleicht noch wachsende Direktinvestitionen zu finanzieren ist, aber trotzdem die einheimische Industrie einer massiven Importkonkurrenz aussetzt. Eine

wettbewerbspolitische Korrektur bedarf der Zustimmung aus Brüssel.

Verteilung: Der Kapitalzustrom dürfte zu einem Anstieg der Vermögenspreise führen, der die Vermögensbesitzer begünstigt. Gleichzeitig bleiben die Reallöhne unter Druck, wenn die Produktivität nicht so schnell steigen kann, wie sich die Preise der handelbaren Güter dem EU-Niveau annähern. Neben diesen drohenden Verteilungswirkungen könnten sich auch noch die regionalen Disparitäten verschärfen, wenn die der EU nahen, westlichen Regionen deutlich stärker wachsen als die östlichen Regionen, die unter der zunehmenden

Abdichtung ihrer Grenze (dann die Schengen-Außengrenze der EU) zu den Drittstaaten (Belarus, Ukraine, etc.) leiden.

Budgetkosten: Die Übernahme des acquis wird gewaltige Kosten in den Beitrittsländern verursachen, die teils vom Staat, teils von Unternehmen, Haushalten und Konsumenten zu tragen sein werden. Die Kandidaten erhoffen sich zwar einen Ausgleich durch die EU-Fonds, deren Ausgestaltung aber auch noch Gegenstand von Reformen ist. Die Kosten sind dagegen schon absehbar. So haben z.B. im Bereich des Umweltschutzes Berechnungen des ifo-Instituts einen Investitionsbedarf in Höhe von 120 Milliarden DM ergeben. Schätzungen aller Kosten für Ungarn geben die Kosten für die Übernahme des acquis mit 50%-120% des Volkseinkommens an. Zwar sind diese Ausgaben sicher über Jahre zu strecken, aber sie stellen eine gewaltige Belastung der Kandidaten dar. (Dauderstädt: 1998, 149-167, insbesondere 153ff., Fn 24-37)

So könnte in wirtschaftlicher Hinsicht die Mitgliedschaft den Neumitgliedern durchaus auch unangenehme Überraschungen bereiten. Der erste Beitritt eines postkommunistischen Landes zur EU, der Beitritt der DDR im Zuge der deutschen Vereinigung, war zwar sicher ein Sonderfall, der durch eine Superschocktherapie der plötzlichen Übernahme des nahezu gesamten deutschen Rechts (und damit des acquis) und eine Überbewertung der Währung gekennzeichnet war. Aber er zeigt die Risiken einer voreiligen Öffnung, die die einheimische Industrie der Konkurrenz hochproduktiver Unternehmen im Binnenmarkt aussetzt, wogegen auch gigantische Transferzahlungen nicht helfen.

Auch die Erfahrungen anderer Beitritte armer Länder (Irland, Griechenland, Spanien, Portugal) zeigen, dass die Neumitglieder keinesfalls eine Wachstumsgarantie mit dem EU-Beitritt erhalten. Die EU-Regional-

Die EU-Begeisterung der frühen Jahre beruht vor allem auf kaum ausreichenden Kenntnissen über die EU, ihre Institutionen und Politiken.

Tabelle 1: Volksabstimmungen zum EU-Beitritt in den Kandidatenländern

	Datum	Dafür	Wahlbeteiligung	Dafür (bezogen auf alle Wahlberechtigten)
Estland	14.9.	66,8	64,1	42,8
Lettland	20.9.	67	72,5	48,8
Litauen	10./11.5.	91,1	63,4	57,8
Polen	7./8.6.	77,4	58,8	45,6
Slowakei	16./17.5.	92,5	52,1	48,2
Slowenien	23.3	89,6	60,3	54,0
Tschechien	13./14.6.	77,3	55,2	42,7
Ungarn	12.4.	83,8	45,6	38,2

Quelle: www.mdr.de/eu/aktuell/938582.html

politik hat kaum nachweisbar zum Abbau der Einkommensunterschiede beigetragen (Funct/Pizzati). Die Übernahme des gemeinsamen Außenzolls der EU überträgt Protektionsmuster aus der Alt-EU auf die Neumitglieder, die Modernisierungsprozesse bremsen, weil sie Anreize bieten, Produktionsfaktoren in schrumpfenden Sektoren wie Landwirtschaft und Schwerindustrie zu halten. Zwar nahm in Portugal nach dem EU-Beitritt das Wachstum zu, aber in Spanien blieb es fast unverändert und in Griechenland sank es sogar massiv. Irland, das Wirtschaftswunderland der EU der 1990er Jahre, erlebte diesen Aufschwung erst 20 Jahre nach seinem Beitritt, dem zunächst eine lange Phase unspektakulären Wachstums (unterbrochen von Rezessionen) folgte. Aber dieser Aufschwung ist vor allem ein Anstieg der Gewinne der dort tätigen multinationalen Unternehmen, die zulasten von Löhnen und Steuern vom irischen BIP inzwischen ein Fünftel kassieren und ins Ausland ab-

fließen lassen. (Dauderstädt/Witte) Diesem „Erfolgsmodell“ folgt vor allem Ungarn. Da im Euroland Aufwertungen nicht mehr möglich sind, hängt Einkommenskonvergenz von einem rascheren Anstieg der Löhne in den ärmeren Ländern ab. Das bedeutet

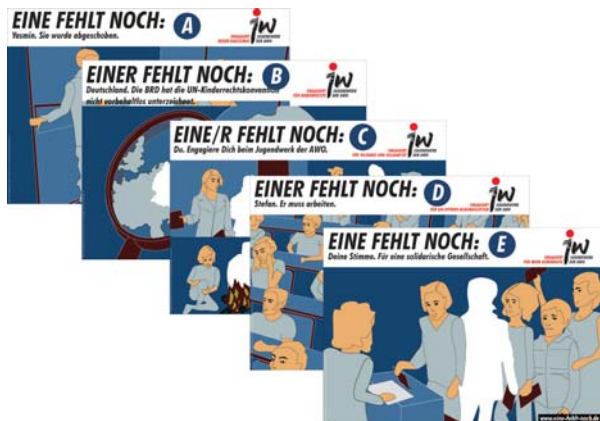
Der Kapitalzustrom dürfte zu einem Anstieg der Vermögenspreise führen, der die Vermögensbesitzer begünstigt. Gleichzeitig bleiben die Reallöhne unter Druck.

höhere Inflation (Balassa-Samuelson-Effekt), da auch die Löhne in Branchen mit geringem Produktivitätswachstum (zum Beispiel viele Dienstleistungen, vor allem im öffentlichen Sektor) steigen müssen. (Europäische Zentralbank, 39ff.; UN-ECE, 227ff.) Für die aufholenden Länder ist es daher wichtig, dass die Europäische Zentralbank und die Europäische Union diese höhere Inflationsrate toleriert. Sie müssen dabei ihre Wirtschaftspolitik so gestalten, dass die höhere Inflation nicht ihre Wettbewerbsfähigkeit untergräbt. Solange sie ihren Wechselkurs noch kontrollieren, ist das durch Kontrolle der Aufwertung beziehungsweise Abwertung möglich. Entsprechende Schritte empfehlen sich bei starken Importanstiegen und Exporteinbrüchen, die ein nicht dauerhaft zu finanzierendes Handelsbilanzdefizit verursachen. Die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit – sei es durch Abwertung oder Kontrolle der Inflation – wird durch offene Kapitalmärkte erschwert. Gerade die erfolgreicheren ärmeren Länder sind oft Ziel starker Kapitalzuflüsse (so in der Tschechischen Republik 1994-95), die reale Aufwertungen auslösen, die nicht im gleichen Umfang durch Produktivitätsfortschritte gesichert sind. Die gleichen Finanzmärkte reagieren dann mit plötzlicher Kapitalflucht, wenn sich pessimistische (oder realistische) Einschätzungen der Wirtschaftsentwicklung durchsetzen (so ebenfalls in der Tschechischen Republik 1996). Inner-

halb Eurolands drohen dann aber nicht mehr die gefürchteten Abwertungen und IWF-Programme. Stattdessen müssen sich Schuldner (Empfänger der Kapitalzuflüsse) durch Ausgabeneinschränkungen anpassen und die Gläubiger auch mit „normalen“ Konkursen oder Zahlungsverzögerungen rechnen. Andere Anpassungsmöglichkeiten (zum Beispiel staatliche Hilfen für Banken) sind im Zuge der Wettbewerbspolitik nur mit der Zustimmung der Europäischen Union möglich. Aufholendes Wachstum gelingt also eher, wenn längere Zeit noch eine relative Autonomie der Finanz- und Geldpolitik einschließlich der Möglichkeit, internationale Kapitalströme zu kontrollieren, besteht. Ist das nicht möglich, bedarf es einer differenzierteren Wettbewerbspolitik und/oder stärkerer supranationaler Kapazitäten der Kapitalversorgung. Sollte das bedeuten, dass die erweiterte EU-25 eine Zeit lang differenzierter und weniger vereinheitlicht ist, so ist das kein zu hoher Preis für geringere soziale Spannungen. Überlastet man die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaften in den Beitrittsländern wie den Altmitgliedern, so drohen populistische Rückschläge, die die europäische Integration, insbesondere in ihrem friedenspolitischen Kern, stärker treffen können als eine kontrollierte Differenzierung.

Politische Konfliktlinien in der EU-25

Auf absehbare Zeit werden sich allerdings inner-nationale soziale und politische Konflikte mit Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten der erweiterten EU in komplexer Weise mischen. Wer annahm, dass die ostmitteleuropäischen Neumitglieder als brave Musterschüler entweder ihre eigenen Ansichten und Interessen hintanstellen würden oder sie bei der EU (oder gar in den Positionen der – auch nicht über alle Parteien monolithischen – deutschen Europapolitik) bestens aufgehoben sehen würden, wurde spätestens während des Irakkriegs oder bei der Debatte um die Verfassung eines besseren belehrt. Dabei reichen die möglichen Konfliktlinien von der Wirtschafts- und Sozialpolitik über die Europapolitik bis hin zur Außen- und Sicherheitspolitik. Um einige mögliche wirtschaftspolitische Konflikte zu erahnen, liegt es nahe – ausgehend von den oben ausgeführten Risiken der Integration – zwei Szenarien der Entwicklung der Beitrittsländer zu unterscheiden: Das Griechenlandszenario impliziert, dass die Neumitglieder kaum aufholendes Wachstum aufweisen, also bestenfalls im Durchschnitt so schnell wie die reicheren Länder der Alt-EU wachsen, unterbrochen von Krisen. Sie versuchen politisch, die Transferzahlungen zu maximieren, verwenden das Geld aber eher konsumtiv zur Ali-



Du kannst diese Motive als Plakat (DIN A1, für nur 40 Cent zzgl. Versandkosten), als Flyer oder als Postkarte (für nur jeweils 10 Cent zzgl. Versandkosten) bestellen.

- Ich möchte Plakate A, Plakate B, Plakate C, Plakate D, Plakate E bestellen.
- Ich möchte Flyer A, Flyer B, Flyer C, Flyer D, Flyer E bestellen.
- Ich möchte Postkarten A, Postkarten B, Postkarten C, Postkarten D, Postkarten E bestellen.
- Ich hätte gerne weitere Informationen über das Jugendwerk der AWO.

Mein Name: _____
 Meine Anschrift: _____
 Mein Wohnort und PLZ: _____
 Telefon: _____ E-mail: _____

Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes der AWO
 Oppolner Straße 130, 53119 Bonn
 Telefon: 0228/6685-117
 e-mail: info@bundesjugendwerk.de

www.einer-fehlt-noch.de

mentierung ihrer „frühreifen“ (Kornai) Wohlfahrtsstaaten und eines klientelistisch aufgeblähten Staatsektors. Die Arbeitslosigkeit bleibt hoch und die Leistungsbilanz stark defizitär. Man könnte dieses Szenario auch das Ostdeutschland-Szenario nennen.

Das Irlandszenario unterstellt, dass die Neumitglieder die EU-Transfers klug nutzen, um vorhandene Wettbewerbsvorteile (vor allem bei der Ausbildung) zu stärken und zusätzliche (z.B. Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur) zu schaffen, um ihre Haushalte zu sanieren, Steuern auf Unternehmen zu senken und die ohnehin schwachen Gewerkschaften in eine maßvolle Lohnpolitik einzubinden (u.a. mit dem Versprechen EU-finanzierter aktiver Arbeitsmarktpolitik). Damit werden sie zu attraktiven Standorten für Auslandsinvestoren, nicht zuletzt in Form von Verlagerung geeigneter Produktionen aus der Alt-EU. Die Arbeitslosigkeit sinkt und die Leistungsbilanz weist wachsende Überschüsse auf, die dem Abfluss von Kapitaleinkommen der ausländischen Investoren entsprechen.

Es ist auch durchaus vorstellbar oder gar wahrscheinlich, dass verschiedene Neumitglieder unterschiedlichen Szenarien folgen. Die Reaktionen bei den Altmitgliedern, vor allem den unmittelbar betroffenen Nachbarländern Deutschland und Österreich, sind absehbar. Im ersten Fall des Griechenlandszenarios schimpfen die Nettozahler, weil sie ein Fass ohne Boden vor sich sehen, und obendrein stärkere Migration befürchten müssen. Im zweiten Fall befürchten vor allem die Arbeitnehmer in den Altmitgliedern, dass Steuerkonkurrenz und Abwanderungsdrohungen des Kapitals zunehmen und den ohnehin reformgeschüttelten Wohlfahrtsstaat zuhause untergraben und die Einkommensverteilung in Europa dem irischen Modell folgen lassen (sinkende Lohnquote).

Mit der gleichzeitig anlaufenden Tendenz, die Wirtschafts- und Währungsunion auf die Neumitglieder auszudehnen, kommen zusätzliche Probleme ins Spiel, die 2002 schon zwischen Zentrum und Peripherie des Eurolandes zu beobachten waren. Die kleinen Länder wuchsen relativ rasch, während die großen kontinentalen Volkswirtschaften (D,F,I) eher schwaches Wachstum aufwiesen. Bei einem einheitlichen Euronominalzins erhöht die Deflation in den wachstumsschwachen Ländern den Realzins und bremst dort das Wachstum zusätz-

lich, während in den inflatorischen „Tigerökonomien“ ein niedriger Realzins die Konjunktur weiter anheizt (Bofinger, 4-7). Eine solche höhere Inflation in den Neumitgliedern ist aber für den Ausgleich der Einkommensdisparitäten notwendig, zumal wenn die Wechselkurse eher fix sind. Die Wachstumskonkurrenz stellt auch das europäische Sozialmodell zur Debatte. Wachstum in Form von höherem Output an Gütern und Dienstleistungen ist – wenn die Nachfrage gewährleistet ist – auch durch Beschränkung betriebswirtschaftlicher Kosten wie Freizeit und Regulierungsaufgaben beim Schutz von Konsumenten, Arbeitnehmern und Umwelt möglich. Zwar setzt der *acquis communautaire* hier Mindeststandards fest, aber darüber sind erhebliche Spielräume vorhanden und letztlich sind auch diese Regeln verhandelbar und müssen in der gesellschaftlichen Realität der Neumitglieder eventuell mühsam vor nationalen und nach längerer Frist europäischen Gerichten durchgesetzt und verwaltungsmäßig umgesetzt werden. Das Nachfrageproblem würde sich dagegen für die Aufholer weniger stark stellen, da sie einen europäischen Binnenmarkt bedienen können, der ihre eigenen Märkte um den Faktor 20 über-

steigt. Hier deuten sich potentielle Konfliktlinien zwischen der Präferenz für Wachstum und der für Wohlstand in Form von Freizeit und Lebensqualität an, die in Entwicklungsniveaus begründet und nicht leicht auflösbar sind.

Diese Konflikte verstärken und ergänzen die „klassischen“ Verteilungs- und Machtkonflikte, die heute schon absehbar sind: der Streit um den EU-Haushalt und die Reform der großen redistributiven Politiken (Agrar- und Regionalpolitik); der Streit um Stimmgewichte im Rat und in der Kommission (in Form eigener Kommissare); die Verankerung bestimmter gesellschaftspolitischer Normen in der Verfassung; die Außen- und Sicherheitspolitik, in der die Neumitglieder eigene Präferenzen (z.B. proamerikanische Neigungen, primäres Interesse an

Foto: Christian Kiel (Berlin)



de Stabilisierung Ost- und Südosteuropas), aber wenig zusätzliche Ressourcen (Militärausgaben proportional zum kleinen BIP, Entwicklungshilfe mit 0,03% des BIP bei durchschnittlich einem Zehntel des Anteil der Altmitglieder) mitbringen. (Dauderstädt: 2004). Das erweiterte Europa geht aufregenden Zeiten entgegen.

spw 2 / 2004

Literatur

- Achten, Peter, Die Osterweiterung der Europäischen Union. Beitritts- und Erweiterungshindernisse im Spiegel ökonomischer Kritik, Lohmar 1996.
- Amsden, Alice H. u.a., The Market Meets its Match. Restructuring the Economies of Eastern Europe, Cambridge, Mass. – London 1994.
- Belke, Ansgar, Hebler, Martin, EU-Osterweiterung, Euro und Arbeitsmärkte, München – Wien 2002.
- Bofinger, Peter, The Stability and Growth Pact neglects the Policy Mix between Fiscal and Monetary Policy, in: *interconomics, Review of European Economic Policy*, 1/2003, S. 4-7.
- Dauderstädt, Michael, Das erweiterte Europa in einer bedrohlichen Welt, in: *integration* 1/2004.
- Dauderstädt, Michael, EU-Osterweiterung: Wirkungen, Erwartungen und Interessen in den Beitrittsländern, in: *integration* 3 (1998), S. 149-167.
- Dauderstädt, Michael, Witte, Lothar (Hg.), Cohesive Growth in the Enlarging Euroland, FES Bonn 2001.
- Donges, Juergen B. u.a., Osterweiterung der Europäischen Union. Als Chance zur Reform begreifen, Bad Homburg 1998.
- Eatwell, John u.a., Not 'Just Another Accession'. The Political Economy of EU Enlargement to the East, London IPPR 1997.
- European Commission, Central and Eastern Eurobarometer, Nr. 8, März 1998.
- European Commission, <http://europa.eu.int/comm/enlargement/pas/sapard.htm> (Phare, ISPA, Sapard brochure).
- Europäische Zentralbank, Inflationsunterschied in einer Währungsunion, Monatsbericht Oktober 1999.
- Funck, Bernard, Pizzati, Lodovici (Hg.) European Integration, Regional Policy, and Growth, Washington (Weltbank) 2003.
- Jamieson, Bill, Szamuely, Helen, Coming Home or Poisoned Chalice, Centre for Research into Post Communist Economics, London 1998.
- Kok, Wim, Enlarging the European Union. Achievements and Challenges, European University Institute. Robert Schuman Centre for Advanced Studies, San Domenico di Fiesole 2003, S.47.
- UN-ECE, Economic Survey of Europe, No. 1 / 2001.
- Rose, R., Haepfner, C., Democracy and Enlarging the European Union Eastwards, in: *Journal of Common Market Studies*, 33 September 3 (1995) S. 427-450.

Überlastet man die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaften, so drohen populistische Rückschläge, die die europäische Integration stärker treffen können als eine kontrollierte Differenzierung.